

die Schwierigkeit, solche Vereinbarungen mit tiefgreifenden Strukturänderungen für die deutsche Wirtschaft durchzusetzen, hat sich bisher kaum jemand in diesem Bereich engagiert. So bleibt der Eindruck, daß im Grunde nichts erreicht und alles verschoben ist. Es fehlte an Alternativen und blieb deshalb nur bei Abwehr und Klagen. Seitens des engagierten KAEF wurde festgestellt, wenn die Industrienationen „die planwirtschaftlichen Vorstellungen der Entwicklungsländer nicht wollen, müssen sie im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung konstruktive Pläne auf den Tisch legen, um den in der Sache berechtigten Forderungen der Entwicklungsländer entgegenzukommen und zur Lösung ihres Entwicklungsproblems beizutragen“.

Sollte bis zum nächsten Jahr keine akzeptable Einigung

erzielt werden, so dürfte sich im Lager der Entwicklungsländer die in Manila bei der „Gruppe der 77“ besonders vom philippinischen Präsidenten *Ferdinand Marcos* propagierte Drohung verstärken, einen Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt zu einem eigenen Wirtschaftssystem der „kollektiven Eigenständigkeit“ als Alternative zur Markt- und Planwirtschaft zu bilden. Im Hintergrund steht dann noch der Plan, die Entwicklungsländer insgesamt als gewerkschaftliche Interessenvertretung gegenüber den Industriestaaten zusammenzufassen. Ob diese radikale Entwicklung zu verwirklichen ist, muß bezweifelt werden. Dennoch wird die Auseinandersetzung mit Sicherheit schärfer werden, wenn die anstehenden Probleme weiter verdrängt und eine Entscheidung weiter verzögert wird.

Norbert Sommer

Der Islam als Großmacht

Erstarrung oder Weiterentwicklung?

Der Islam ist heute politisch, finanziell und missionarisch nahezu wieder jene Großmacht, die er vor rund einem Jahrtausend gewesen war. Spätestens mit dem Aufstieg der meisten Muslimländer von Algerien bis Malaysia zu führenden Erdölproduzenten und der Verwendung eines Großteils ihrer Einnahmen für die Glaubensverkündigung in Afrika und Südamerika, Europa und Australien kann niemand mehr um diese Tatsache herumkommen. Ob sich der Islam aber auch zu einer bestimmenden geistigen Größe der Welt von morgen entwickeln kann, hängt weitgehend von der Auseinandersetzung zwischen puritanischen Traditionalisten und zeitoffenen Reformern ab. Diese immer heftigere Kontroverse findet außerhalb des islamischen Bereiches kaum Beachtung. Dennoch ist sie auch politisch hochbrisant geworden, seit die wichtigsten Ölstaaten mit Saudiarabien an der Spitze auf den Konservatismus festgelegt sind, während Ägypten, Iran oder Pakistan den Kurs von Reformen und Neuentwicklungen verfechten. Einen dritten und nach seiner Ansicht einzig richtigen Weg versucht Libyen mit Herauskehrung der sozialen Werte des Islam und der seltsamen Synthese von Linksdrall und strengster Gesetzesfrömmigkeit zu beschreiten bzw. seinen ägyptischen und tunesischen Nachbarn aufzuzwingen.

Sunniten und Schiiten

Das Problem lebendiger Erneuerung, dem sich die christlichen Kirchen von der Cluniacensischen Reformbewegung über die Reformation bis zum „Aggiornamento“ des II. Vaticanums immer wieder gegenüber sahen, hat auch die islamische Ökumene seit ihren Anfängen viel und lebhaft beschäftigt. Dabei stehen sich bis auf den heutigen Tag die Gegensätze *Sunna*, d. h. Überlieferung, und *Bid'a*, d. h.

Neuerung, gegenüber. Im frühen Islam wurde von der hanbalitischen Interpretationsschule die Tradition prinzipiell über alles gestellt, was sich in der Praxis so wenig bewährte, daß diese Anhänger *Ibn Hanbals* zum Ende des ersten islamischen Jahrtausends in unserem 17. Jahrhundert so gut wie ausgestorben waren. Bald darauf erlebten sie jedoch in den Wüsten der Arabischen Halbinsel eine Neuerweckung durch die *puritanischen Wahhabiten*, die jedoch bis kurz vor dem Ersten Weltkrieg keine größere als lokale Bedeutung erlangen konnten. Erst unter ihrem hochbegabten Führer Abdel Asis Ibn Saud brachten sie mit den Heiligen Städten Mekka und Medina eine gesamtislamische Spitzenposition an sich, die in den letzten Jahrzehnten durch den Erdölsegen weiter untermauert wurde. Heute sind die Wahhabiten zur mächtigsten islamischen Konfession angewachsen, ihr rigoristisches Gedankengut wird durch Islam-Attachés an allen saudiarabischen Botschaften und die zentrale Institution der Missionshochschule von Medina in alle Welt verbreitet. „Laxere“ islamische Länder, die in den Genuß saudischer Finanzhilfe kommen, müssen sich zu einem schrittweisen Alkoholverbot und zur Wiedereinführung des strengen koranischen Strafrechts mit Verstümmelungen, Steinigungen und so gut wie fehlenden Gefängnissen verpflichten.

Heute sieht sich selbst Ägypten, aus dem die genau entgegengesetzte Theologenschule hervorgegangen war, zur Annahme dieser strengen Praktiken gezwungen. Hingegen hatte hier schon in unserem 8. und 9. Jahrhundert der große *Imam Schafei*, dessen Grabmoschee noch heute zu Füßen des Kairoer Hausberges Mukkatam neben den Schwefelbädern von Ain Sira steht, den ständigen Wechsel der Umwelt, von Lebensbedingungen und Anschauungen erkannt und daher gute wie vor allem notwendige Neuerungen gerechtfertigt. Nur alles Neue, das dem Koran, der

Sunna-Tradition oder den „guten Sitten“ (arabisch: athar) widerspreche, sei abzulehnen.

Neben diesem Mittelweg ist in der schiitischen Konfession des Islam eine viel radikalere Reformtheologie entwickelt worden. Obwohl es sich bei der *Schia* ursprünglich nur um ein Schisma in der geistlich-weltlichen Führerschaft des Kalifates gehandelt hat, haben sich die Schiiten später sehr weit von den „orthodoxen“ Sunniten fortentwickelt. Sie haben zwar ursprünglich an der islamischen Wiedergeburt der letzten Jahrzehnte kaum einen Anteil genommen, sind aber jetzt – ebenfalls dank dem Erdöl in ihrem Hauptland Iran – zu zweitgrößter Bedeutung nach den Wahhabiten gelangt.

Die schiitische Bada'-Theologie geht sogar so weit, die Notwendigkeit religiöser Neuerungen im praktischen wie dogmatischen Bereich durch einen innergöttlichen Entwicklungsprozeß vom Nichtwissen zum Wissen zu untermauern. In der modernen Religionsphilosophie der *Schii-Scheichi-Gruppe* ist sogar von den Erfahrungen Gottes und von Abänderung von Glaubenssätzen und moralischen Normen die Rede. Die heutige Soziallehre in Iran, auf der die meisten Reformen des Schah-in-Schah Muhammad Reza Pahlewi mit seiner „Weißen Revolution“ beruhen, ist eine direkte Tochter der *Bada'-Theologie*, die es zu ihrem Grundsatz gemacht hatte, daß Allah selbst früher von ihm gesetzte Werte im Interesse der allgemeinen menschlichen Wohlfahrt umwerte. Eine wichtige dogmatische Entfaltung des Bada'-Prinzips ist die mit seiner Hilfe in der *Schia* vollzogene Überwindung des Islamischen Prädestinationsglaubens. Zwar seien von Gott Auserwählte zur ewigen Seligkeit und Verdammte zur Höllenstrafe vorausbestimmt, doch sei dieser göttliche Ratschluß nicht unwiderruflich. Übrigens hat auf diesen Ansatzpunkt für den christlich-islamischen Dialog der Wiener Kardinal *Franz König* erst unlängst mit seiner Forderung nach Einbeziehung der Schiiten in das katholisch-sunnitische Glaubensgespräch hingewiesen. Vermutlich könnte sogar die innerchristliche Auseinandersetzung zwischen Katholiken, Lutheranern und Calvinisten in der Prädestinationsfrage aus der reichen Bada'-Literatur auf arabisch, persisch und türkisch fruchtbare Anregungen empfangen.

Der Einfluß Afghanis

Vor dem Hintergrund dieser Bada'-Theologie ist es kein Wunder, daß der größte moderne Reformtheologe des Islam aus dem weiteren Bereich der *Schia* und zwar aus Afghanistan hervorgegangen ist. Waren die Erneuerungsdiskussionen der islamischen Gelehrten durch Jahrhunderte ohne größere Auswirkungen auf den religiösen Alltag der gläubigen Massen geblieben, so ist es das Verdienst von *Dschemal al-Din al-Afghani*, aus den allgemeinen Reformprinzipien die praktischen Konsequenzen für Frauenbefreiung und die Bejahung der parlamentarischen Demokratie, für Sparkassenwesen und Streikrecht gezogen zu haben. Die islamische Welt gedenkt in ihrer

Gesamtheit in diesem Jahr 1976 des achtzigsten Todestages des großen Denkers, Dichters, Theologen und Publizisten, der von seinen Zeitgenossen hingegen als Aufwiegler, politischer Agitator und „Radikaler“ verachtet und verfolgt wurde.

Sajjid Dschemal al-Din stammte aus einer der sunnitischen Hanafiten-Konfession angehörenden alten Theologenfamilie aus der Umgebung der afghanischen Hauptstadt Kabul, wo er 1838 geboren wurde. Seine Erziehung in der liberalsten Richtung der Sunna, die auf den toleranten Hanafi zurückgeht, sowie die schiitische Umgebung weckten ihm noch in den Jugendjahren das Ideal der Einigung aller Muslime über die von den verschiedenen Konfessionen übernommenen sowie von Osmanen, Persern und Kolonialmächten gezogenen Grenzen hinweg. So ist Dschemal al-Din auch zum ersten Vorläufer des heutigen *Panislamismus* geworden. Was sich aber reine „Machtkalifen“ wie *Muamar al-Gaddafi* von Libyen oder der saudische König *Chaled* hinter die Ohren schreiben könnten, ist Afghanis Wahlspruch, daß Einheit ohne Erneuerung nicht verwirklicht werden kann.

Nach einem mißglückten Versuch, seine Überzeugungen als Minister des Emirs von Afghanistan, *Schir Ali*, in die politische Wirklichkeit umzusetzen, begannen Dschemal al-Dins Wanderjahre, die ihn 1871 schließlich nach Konstantinopel ins damalige Herz der islamischen Welt führten. Als er dort bei einer Predigt in der Hagia-Sophia-Moschee die Sozialarbeit mit dem Prophetentum auf dieselbe Stufe zu stellen wagte, wurde er beim Sultan als Revolutionär verklagt und mußte über Nacht nach Ägypten fliehen. In Kairo wurde er bestens aufgenommen und sogar von Regierungsseite mit finanziellen Mitteln für den Unterhalt einer Privatlehrkanzle am Al-Azhar ausgestattet, wo er seine „modernistische“ Theologie zu verbreiten begann. Offen für alle Fragen der Zeit warnte er seine ägyptischen Freunde vor der bevorstehenden britischen Okkupation ihres Landes, worauf er 1879 von den Engländern nach Indien verbannt wurde. Dort verfaßte er in Haidarabad seine berühmte „Zurückweisung des Materialismus“, die bis auf den heutigen Tag das islamische Standardwerk zur Auseinandersetzung mit dem kämpferischen Atheismus und Dialektischen Materialismus der Kommunisten geblieben ist. Nach einem weiteren Exil in Calcutta durfte Dschemal al-Din nach den Vereinigten Staaten ausreisen. Er erhoffte sich in der Neuen Welt den geeigneten Boden zur Inangriffnahme seiner Einigungs- und Erneuerungspläne, bewarb sich sogar um die amerikanische Staatsbürgerschaft. Nach deren Verweigerung und anderen Enttäuschungen versuchte sich Afghani ebenso unglücklich in London, bis ihm Paris vorläufig bessere Entfaltungsmöglichkeiten bot. Durch eine Kontroverse mit Ernest Renan über die angebliche Wissenschaftsfeindlichkeit des Islam bekannt geworden, wurde der Reformtheologe in der französischen Hauptstadt von dem späteren ägyptischen Mufti Muhammad Abdu aufgesucht, der sein bester Schüler und Nachfolger an der Spitze der islamischen „Modernisten“ im guten Sinne werden sollte.

Beide gaben gemeinsam die Reformzeitschrift „Urwat al-wuthqa – Le Lien Indissoluble“ heraus, die erstmals 1884 erschien.

Zwei Jahre später wurde er vom Schah Nasr al-Din nach Teheran berufen, fiel wegen seiner sozialen Aktivitäten jedoch bald in Ungnade, mußte das Land verlassen, versöhnte sich in München wiederum mit dem launischen Herrscher und wurde von diesem mit der Reform des iranischen Justizwesens beauftragt. Über der Frage der Erteilung einer exklusiven Tabakkonzession an ein englisches Monopol kam es zur diesmal endgültigen Kontroverse mit dem Hof, Dschemal al-Din wurde in Ketten über die persisch-türkische Grenze gebracht und zog sich zum zweiten Mal nach London zurück. Dort entwickelte er seine weltwirtschaftlichen Vorstellungen von der Ausbeutung der Rohstoffproduzenten durch die Handels- und Industriemächte. Er forderte den Zusammenschluß der Produzentenländer zu Interessengemeinschaften, wie sie heute in der OPEC der Erdölländer, dem Phosphat- oder Bauxitblock weltbewegende Realitäten geworden sind. Der panislamisch orientierte neue türkische Sultan Abdül Hamid II. lud Afghani 1891 zurück nach Konstantinopel ein, wo er ihm für die letzten fünf Jahre seines bewegten Lebens eine komfortable Villa im Komplex des Yildiz-Palastes zur Verfügung stellte. Dschemal al-Din sah sich allerdings auch dort ständigen Verdächtigungen und Intrigen ausgesetzt, wiewohl ihm der Sultan niemals sein Vertrauen entzog, bis ein schmerzvoller Krebsstod dem Leben und Wirken dieses Kämpfers und Feuergeistes ein Ende setzte.

Wiederaufrichtung einer panislamischen Theokratie

Die *modernen islamischen Staatenbildungen im Nahen und Mittleren Osten, in Nordafrika und Hinterindien* sind überhaupt erst auf der Grundlage von Afghanis „Aufklärung“ denkbar geworden. Das betrifft vor allem die weitgehende Ersetzung des islamischen Schariatsrechtes durch moderne europäische Praktiken, besonders was das Zivil- und Strafrecht betrifft. Auch die Verfassungen wurden von Algerien bis Pakistan westlichen Vorbildern angepaßt. Erst mit der von Saudiarabien und Libyen ausgehenden strikten Islamisierungswelle der frühen siebziger Jahre haben selbst die säkularen Ägypter und Syrer die islamische Scharia (d. h. das Koran-Recht) wieder zur Hauptquelle ihrer Grundgesetze erklärt.

Das *Verhältnis von zivilem und sakralem Recht* und die neuerliche Zurückdrängung des ersteren durch die religiösen Satzungen sind im Mittelpunkt des im Mai 1976 in Tunis versammelten islamischen Juristenkongresses gestanden. Dabei wurde überwiegend die Ansicht vertreten, daß die islamische Jurisprudenz (arabisch: Fiqh) seit ihren früh anzusetzenden Anfängen sehr akademische Rechtsbücher mit nur ideeller Gültigkeit verfaßt hätte und daß dieses als „Scharia“ bekannte kanonische Recht zwar von der islamischen Geistlichkeit immer hochgelobt, in der Praxis

jedoch nie streng angewandt wurde. Lange vor Einführung des westlichen Zivilrechts in den meisten islamischen Ländern sei das Schariatsrecht durch Jahrhunderte in der tagtäglichen Rechtsprechung bewußt vernachlässigt worden. Für das Leben der islamischen Völker hätte das Gewohnheits- oder sogenannte Adat-Recht schon immer eine viel größere Bedeutung gehabt. Vor diesem Hintergrund kann dem Drängen Saudiarabiens und Libyens nach einer radikalen Rückkehr zu diesen weltfremden Gesetzestexten nur wenig Verständnis und Wohlwollen entgegengebracht werden.

Hinter allen dogmatisch-moralischen Postulaten der Wahhabiten-Bewegung verbirgt sich jedoch hintergründig, aber ganz zentral das Bestreben nach *Wiederaufrichtung der panislamischen Theokratie* mit einem saudiarabischen Kalifen als oberstem weltlichem und geistlichem Gebieter. In diesem Punkt sind die Reformer nun erst recht zu keinen Zugeständnissen bereit. Selbst das sonst recht willfährig gewordene Ägypten vertritt hier hart das Prinzip einer mehr kollegialen Führerschaft. Derselbe Präsident *Anwar as-Sadat*, von dem das Schariatsrecht zur Grundlage der Verfassung erklärt, der Alkohol nur noch an ausländische Touristen ausgeschenkt und die Wiedereinführung des islamischen Strafrechts – mit unter anderem vierzig Peitschenhieben für Zigarettengenuß – befürwortet wird, hat seinen Stellvertreter *Hussein al-Schafei* über Nacht aus dem Amt gejagt, weil dieser öffentlich für die Verleihung des Kalifats an den damaligen Saudi-König Feisal eingetreten war.

Die Bedeutung des Chalifats

Das arabische Wort „Chalifa“ hat einen Doppelsinn von Nachfolger wie Stellvertreter. Es wird in Muhammads Koran häufig angewendet, war unter den ersten Nachfolgern des Propheten eines der vielen schmückenden Beiworte ihrer Titulatur, bis es sich unter dem Kalifen Osman und vor allem in der Dynastie der Abbasiden zum eigentlichen Herrschertitel des arabisch-islamischen Reiches entwickelte. In seinem ursprünglichen Sinne wurde „Chalifa“ bis auf den heutigen Tag in den *Derwischbruderschaften* als Anrede für den Nachfolger des Ordensgründers, d. h. des jeweiligen Generaloberen, bewahrt. Wenn sich also in der sudanesischen Theokratie der Mahdisten vor der Jahrhundertwende der Nachfolger des Mahdi als „Chalifa“ titulieren ließ, so hatte das nur mit der Herkunft dieser politischen Weltverbesserungsbewegung aus einer Bruderschaft, und nichts mit dem universalen Anspruch des Kalifats zu tun.

Sehr wohl haben diesen jedoch die Saudaraber von heutzutage vor Augen, die nicht nur mit der Macht, sondern vor allem dem Reichtum der ersten islamischen Kalifen sehr wohl wetteifern können. Die nach den religiös eher gleichgültigen Ommajaden-Kalifen von Damaskus im abbasidischen Bagdad entwickelte Protektorrolle über die Muslime in aller Welt wird von Saudiarabien heute bereits praktisch ausgeübt. Die damalige Verschmelzung des früh-

islamischen Ideals vom Gottesstaat mit altem persischen Hofzeremoniell scheint den Herrschern von Rijad besonders ins Auge gestochen zu haben, wenn ihnen darin auch der Iran mit seinem Schah-in-Schah vorläufig auch noch Konkurrenz macht.

Seit der Jahrtausendwende entglitt den Kalifen Stück um Stück alle weltliche Gewalt, worauf sie sich verstärkt dem religiösen Aspekt ihres Amtes als Primats-Imam aller Muslime zuwandten. Gegen die Erneuerung eines so religiös getönten Kalifats, dem auch die modernen islamischen Demokratien ohne Selbstaufgabe beipflichten können, hätten auch die Reformer nichts einzuwenden. Sein Name würde jeden Freitag in allen Moscheen der Welt kommemoriert werden wie der des Papstes in jeder katholischen Meßfeier.

Die saudische Vorstellung von dem „neuen Kalifat“ will aber nichts mit diesen „dunklen Jahrhunderten islamischer Dekadenz“ zu tun haben und orientiert sich, wenn, dann schon wieder an den türkischen Sultanen, die diesen Titel einfach usurpierten und dessen Anerkennung ihren jeweiligen Untertanen einfach aufzwangen. Der einzige Unterschied ihrer Konzeption von jener der Abbasiden bestand lediglich darin, daß sie bei ihrer Personalunion von weltlicher und geistlicher Macht ein doppeltes Maß in Anwendung brachten: Während sie ihre *geistliche Autorität* über alle Muslime rechten Glaubens behaupteten, begnügten sie sich *politisch* damit, der primus inter pares unter den islamischen Fürsten vom Sultan von Marokko bis zum Emir von Afghanistan und den indisch-malaischen Potentaten zu sein. Das Sultanat war in Stambul jedoch immer wichtiger als das Kalifat und erlangte erst unter Afghanis Protektor Abdül Hamid II., der von 1876 bis 1909 regierte, wieder seine ursprüngliche Bedeutung. Der Anspruch des Kalifats zur Einigung aller Muslime brach jedoch im 1. Weltkrieg zusammen, als der Aufruf der Türkei an die anderen islamischen Staaten zur Beteiligung an dem Bündnis mit den Mittelmächten fast keinen Widerhall mehr fand. Nach solchen Abenteuern wollte die im November 1922 etablierte türkische Republik auch mit der geistlichen Seite des Kalifats reinen Tisch machen und erklärte es im März 1924 einfach für abgeschafft.

Für die islamische „Ökumene“ war dieser Säkularismus Kemal Atatürks ein Schock, der nur mit der kalifenlosen Zeit nach der Ermordung des letzten Bagdader Abbasiden Mustasim durch den Mongolenführer Hulagu in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts verglichen werden kann. Die indischen Muslime boten schon 1925 das Kalifat dem saudiarabischen Staatsgründer Abdel *Asis Ibn Saud* an, der sich jedoch zeitlebens nichts aus der Erlangung dieser Würde machte, die seinen Erben jetzt so erstrebenswert geworden ist. In Ägypten war es der modernistische Theologe *Raschid Reda*, ein Schüler Afghanis und Muhammad Abdus, der nach dem Sturz des letzten osmanischen Sultan-Kalifen Muhammad V. seine Theorie vom „kollegialen Kalifat“ entwickelte, während die schiitischen Glaubenslehrer Persiens ihre Doktrin vom „unsichtbaren Kalifat“ durch die Ereignisse in Konstantinopel erst recht

bestätigt sahen. Ein Kalifats-Kongreß, der vom 13. bis 19. Mai 1926 an der islamischen Al-Azhar-Moschee von Kairo tagte, scheiterte an der Aufgabe, diese widersprüchlichen Interpretationen zu überwinden und den König von Ägypten, Fuad I., zum Kalifen auszurufen. Fast fünfzig Jahre war in der Kalifatsfrage dann keine nennenswerte Entwicklung mehr zu verzeichnen, mag diese Idee auch mehr oder weniger unbewußt hinter den panarabisch-allislamischen Ambitionen späterer ägyptischer Führer wie König Faruq und Präsident Gamal Abdel Nasser gestanden haben.

Die Rolle der Saudis

Die neueste *Beanspruchung des Kalifenamtes durch die saudischen Monarchen* gründet sich neben ihrer Macht- und Finanzfülle vor allem auf die weitgehende Erfüllung aller von der islamischen Überlieferung, dem „Hadith“, geforderten Voraussetzungen für die Erlangung dieser Würde. Zwar geht die Dynastie von Rijad ursprünglich nicht auf den mekkanischen Stamm der Quraisch zurück, sondern kommt aus dem Nadschd im Inneren der Arabischen Halbinsel, doch ist die in der sunnitischen Tradition als „conditio sine qua non“ geltend gemachte quraischitische Abkunft jedes Kalifen inzwischen durch Ehen der Saudis mit Frauen aus Mekka sichergestellt. Zweite Bedingung ist allislamische Anerkennung seiner Führerrolle, wovon Saudiarabien ebenfalls gar nicht mehr weit entfernt ist. Weitere Bedingungen, wie die Herrschaft über die „Heiligen Städte“ Mekka und Medina, sind überhaupt völlig auf die Saudis zugeschnitten.

Die meisten Anzeichen sprechen also dafür, daß sich innerhalb des wieder so mächtig gewordenen Islam die strenge Richtung der Wahhabitiden, und nicht jene der Modernisten, durchsetzen und sogar mit dem Kalifat gekrönt werden wird.

Die Saudaraber nennen sich selbst nicht nach ihrem religiösen Systemgründer, dem von 1703 bis 1787 lebenden *Muhammad Ben Abdel Wahhab*, sondern bezeichnen sich als „*Muwahhidun*“, das heißt „Unitarier“. Ihre Ursprünge liegen in Abdel Wahhabs Kampf gegen heidnische Überreste in Innerarabien wie die Verehrung von Bäumen und animistischen Totenkult, die über ein Jahrtausend aus vorislamischer Zeit lebendig geblieben waren. In einer weiteren Entwicklungsphase begann der puritanische Rechtsgelehrte aus der strengen Schule Ibn Hanbals auch im Islam alles abzulehnen, was nicht im Koran, den vier Hauptkonfessionen und den sechs Überlieferungswerken der ersten drei islamischen Jahrhunderte enthalten war. Besonderen Eifer legte er für die monotheistische Reinheit der Gottesverehrung an den Tag. Seine Verbote des Besuchs von Heiligengräbern, der Erwähnung des Namens von Propheten, Heiligen oder Engeln im Gebet oder der Anrufung himmlischer Fürsprecher führten dann zu der stolzen Selbstbezeichnung seiner Anhänger als „Unitarier“. Unter den verschiedenen Absurditäten der Wahhabitiden ist noch erwähnenswert, daß sie die islamischen Ro-

senkränze als Teufelswerk verurteilen und beim Gebet der 99 Namen Allahs deren Zahl an den Fingerknöcheln abzählen müssen. Besten Geschäftssinn für das finanzielle Wohl seiner Moscheekasse bewies Abdel Wahhab mit der Ausdehnung der islamischen Wohlfahrtsabgabe, des Zakat, auf alle Einkünfte und Handelserlöse, während sie sonst immer nur von festem Vermögen an Land, Vieh oder Baulichkeiten entrichtet werden mußte.

Seine praktische Ader stellte der Sektengründer dann nach seiner Allianz mit dem saudischen Dynastiegründer Muhammad Ben Saud erneut unter Beweis, als er in deren Zentrum Daria nicht nur den Wahhabismus, sondern auch

die Feuerwaffen einführte. Seit damals hat dieses Bündnis von religiösem Rigorismus und praktisch-geschäftstüchtigem Sinn, wie er etwa auch die britischen Puritaner auszeichnete, die Bani Saud durch alle Schwierigkeiten und Rückschläge von einem kleinen Oasestamm mit nur 70 Zelten zu einer der Großmächte unserer Zeit gemacht. Für den Islam wie für die mit diesem heute im Gespräch stehenden anderen Religionen bleibt nur zu hoffen, daß sich die Saudis in ihrer neuen Rolle doch früher oder später der aufgeschlosseneren Richtung eines Afghani öffnen werden, über die sie im Augenblick rein religionspolitisch gesehen einen Sieg nach dem anderen davontreiben.

Heinz Gstrein

Interview

Was bewegt den Wähler?

Ein Gespräch mit Elisabeth Noelle-Neumann

Welche wahlentscheidenden Motive bewegen den deutschen Wähler? Welches sind die Grundstimmungen in der Wählerschaft drei Monate vor der nächsten Bundestagswahl, und wo zeigen sich nach dem demoskopischen Material die Ansätze für langfristige politische Auseinandersetzungen, die über die Bundestagswahl hinausreichen? Darüber und über die Gründe, warum trotz starker Zunahme der Wählermobilität das deutsche Parteiensystem weiter stabil bleibt, sprachen wir mit Elisabeth Noelle-Neumann, Professor für Publizistik an der Universität Mainz und Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach. Die Fragen stellte David A. Seeber.

HK: Frau Professor Noelle-Neumann, ein Grunddatum der Wahlforschung der letzten Jahre besagt, wenigstens in der Bundesrepublik, daß die Zahl der Wechselwähler zunimmt. Was setzt – um es etwas salopp zu sagen – Wähler eigentlich in Bewegung, bzw. warum wechseln sie?

Noelle-Neumann: Es läßt sich, und zwar nicht nur in der Bundesrepublik, ein unmittelbarer Zusammenhang nachweisen, zwischen dem Einfluß des Fernsehens und der stärkeren Tendenz zum Wechsel. Wir haben in der Mitte der sechziger Jahre Untersuchungen angestellt mit Personen, die damals noch über kein Fernsehen verfügten. Dieselbe Untersuchung haben wir später nach zwei Jahren, nachdem die Betroffenen ein Fernsehgerät hatten, wiederholt. Im Vergleich zu Kontrollgruppen, die vorher und nachher noch kein Fernsehgerät hatten, zeigten sich zwei Ergebnisse. Es änderte sich mit der Anschaffung des Fern-

sehgeräts die Sensibilität für politische Fragen. Es nahm das Interesse für Politik deutlich zu, es fand aber zugleich eine beträchtliche Verunsicherung statt. Politik wurde nach zwei Jahren Fernsehbesitz als viel unruhiger, viel konfliktrichtiger und auch als viel unverständlicher empfunden, als bevor das Fernsehgerät angeschafft wurde. Das Fazit: Politik wird durch das Fernsehen zwar interessant und aufregend, weil das Fernsehen eine Vorliebe hat für das vorzeigbare Ereignis, aber zugleich wächst damit die Unsicherheit darüber, welches wohl die richtigen Lösungen seien. 1972 haben wir wiederum mit der Methode der Wiederbefragung verglichen, wie sich die Wähler zu Parteien, zu Argumenten, aber vor allen Dingen zu Personen am Anfang und am Ende des Wahlkampfes verhielten. Wir konnten bei dieser Gelegenheit zeigen, daß diejenigen, die regelmäßig politische Sendungen im Fernsehen verfolgten, ihre Einstellungen viel stärker änderten als diejenigen, die wenig politisches Fernsehen sahen, und das war unabhängig davon, ob sie viel oder wenig Zeitungen lasen. Der bestimmende Faktor war also viel oder wenig Fernsehen; ob viel oder wenig Zeitungen, machte für die Stärke der Veränderungen in der politischen Einstellung nichts aus.

„Ein neuer Trend muß sich im sozialen Umfeld durchsetzen, damit sich auch die Meinung des Einzelnen ändert“

HK: Wäre das also in erster Linie eine Frage an das Informationsvermögen bzw. an die Eigenarten und psycholo-